Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933
1933

29 (9.3.1933)

urn:nbn:de:gbv:45:1-890410

Visual Library

Nachrichten
für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises
Leitung: H. Zirk. Druck und Verlag von L. Zirk.

Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten.
Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Fernruf Nr. 390

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt" für den Monat 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld
Anzeigenpreise: Die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg.
Für durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen kein Einspruchsrecht

Schließfach 17

Nr. 29 — Elsfleth, Donnerstag, den 9. März — 1933

Polen provoziert

Die Befürchtungen vieler Friedensfreunde, daß aus der unglückseligen Grenzziehung im Osten sich neue europäische Konflikte entwickeln müssen, scheinen früher als man annehmen konnte sich zu bestätigen. Ohne den geringsten Anlaß und unter Verletzung der Bestimmungen des Völkerbundpaktes über Danzig hat Polen eine stärkere Truppenabteilung, angeblich zur Verstärkung der Mannschaft der Westerplatte, auf Danziger Gebiet gelandet. Nach dem erwähnten Pakt ist Polen lediglich berechtigt, zur Sicherung des Munitionslagers auf der Westerplatte eine Wache in Stärke von zwei Offizieren, 20 Unteroffizieren und 66 Mann zu unterhalten. Irgendwelche Veränderungen im Bestand dieser Wache dürfen nur mit Zustimmung des Völkerbundes bzw. nach Vereinbarung mit dem Völkerbundskommissar vorgenommen werden. Polen hat sich an diese Vereinbarungen nicht gehalten, sondern mit dem polnischen Transportdampfer „Wilja" einen Truppentransport von 100 Mann mit mehreren Maschinengewehren gelandet. Damit ist eine Lage geschaffen worden, die nicht allein durch Verletzung vertraglicher Abmachungen charakterisiert wird, sondern die das Danzig-polnische Problem in den Mittelpunkt der europäischen Politik stellt.

Es ist bekannt, daß Polen sich mit der Danziger Regelung nicht zufriedengegeben hat. Polen wollte den Korridor so gestaltet wissen, daß Danzig mit dem Hafen zum Korridorgebiet gehören sollte, um Danzig zu einer festen polnischen Position ausbauen zu können. Nicht nur von chauvinistischen polnischen Kreisen sondern auch von verantwortlichen Personen ist wiederholt angedeutet worden, daß Polen gegebenenfalls nicht davor zurückschrecken würde, Danzig gegenüber ähnliche „vollendete Tatsachen" zu schaffen, wie es Wilna gegenüber geschehen ist. Polen muß sich seiner Sache sehr sicher fühlen, wenn es im gegenwärtigen Augenblick einen Schritt unternimmt, der bestimmt politische Weiterungen nach sich ziehen wird. Daß der Völkerbundskommissar für Danzig unverzüglich Beschwerde beim Völkerbund einlegen und daß Danzig entschieden protestieren und den Schutz des Völkerbundes anrufen wird, ist selbstverständlich. Die Frage ist nur, was geschehen soll und wird, wenn Polen auf entsprechende Anweisungen des Völkerbundes nicht eingeht, sondern die Westerplatte mehr noch als bisher zu einem militärischen Vorposten Polens ausbaut. Die Maßnahmen, die Danzig durch Einberufung des Selbstschutzes getroffen hat, weisen bereits darauf hin, wie kritisch sich die Dinge gestalten können, wenn Polen andere Absichten mit der Truppenlandung verfolgt, als es angibt. Denn für die jetzige polnische Wache auf der Westerplatte hat zu keiner Zeit irgendwelche Gefahr bestanden, wohl aber hat Polen sich alle Mühe gegeben, um durch eine fortgesetzte Provokationspolitik Beunruhigung in Danzig hervorgerufen. Polen hat, in der Absicht, die Danziger Wirtschaft zu schädigen, in Gdingen einen Hafen ausgebaut, der an Leistungsfähigkeit den Danziger Hafen überflügeln soll. Es ist einleuchtend, daß dieser Gdinger Hafen, wenn er angeblich allen Anforderungen genügen kann, auch für die polnischen Munitionsverladungen und -lagerungen ausreichend sein müßte. In Danzig ist man seit langem der Ueberzeugung, daß das Munitionslager auf der Westerplatte lediglich zu dem Zwecke gefordert und eingerichtet wurde, um hier einen militärischen Stützpunkt zu schaffen. Jetzt hält offenbar Polen den Zeitpunkt für gekommen, um mit Hilfe dieses Stützpunktes eine neue Aktion gegen Danzig zu unternehmen.

Das Vorgehen Polens gegen Danzig hat selbstverständlich auch für Deutschland große politische Bedeutung. Eine unmittelbare Einwirkungsmöglichkeit auf Polen oder Danzig besitzt es zunächst nicht. Da aber durch die Beschwerde Danzigs die Angelegenheit an den Völkerbund herangetragen worden ist, so wird Deutschland als ständige Ratsmacht in der Lage sein, sich mit aller Entschiedenheit für die Wahrung der Danziger Interessen einzusetzen. Dabei wird von deutscher Seite auf die sehr ernsten Gefahren hingewiesen werden müssen, die sich aus dem Vorgehen Polens für den europäischen Frieden ergeben können. Denn darüber wird man sich wahrscheinlich auch in Warschau und in Genf klar sein, daß ein etwa von Polen gegen Danzig geplanter Handstreich nicht stillschweigend von Deutschland hingenommen werden könnte, allein schon aus dem Grunde nicht, weil eine solche Maßnahme sich nicht reibungslos vollziehen würde. Man wird durch das Vorgehen Polens aber an verschiedene Vorgänge der letzten Monate, nicht zuletzt daran erinnert, daß Polen seine Garnisonen im Korridor außerordentlich verstärkt hat, und das verschiedene Aeußerungen von polnischer Seite Deutungen zuließen, wonach ein Handstreich Polens gegen Danzig nicht auf das Danziger Gebiet beschränkt bleiben würde.

Tatsache ist, daß man das polnische Vorgehen in Danzig in Berliner zuständigen Kreisen außerordentlich ernst nimmt. Man wird in Polen kaum überrascht sein können, wenn die deutsche Oeffentlichkeit die Truppenverstärkung Polens in Danzig als eine Angelegenheit betrachtet, die geeignet ist, stärkste Beunruhigung hervorzurufen und den Frieden zu bedrohen. Die Gefahr ist zu groß, als daß man nicht an das Vorgehen Japans gegen China erinnert würde. In Polen hat man offenbar mit einer gewissen Genugtuung verfolgt, daß der Völkerbund nicht in der Lage war, den japanisch-chinesischen Mandschureikonflikt beizulegen. Auch der Ausgang des polnischen Wilnaabenteuers und des litauischen Memelraubes könnten Polen zu der Auffassung bringen, daß ein Handstreich gegen Danzig kaum irgendwelche ernstere Folgen nach sich ziehen müßte. Hoffentlich ist man sich in Polen aber darüber klar, daß Danzig trotz allem ein deutsches Gebiet ist, und daß man einen Gewaltstreich gegen Danzig in Deutschland so empfinden würde, als sei er gegen das Reich selbst geführt. Die Einberufung der Danziger Einwohnerwehr sollte jedenfalls in Polen wie in der übrigen europäischen Welt den ganzen Ernst der Situation vor Augen führen. Man ersticke den Brand, bevor er sich zur vernichtenden Flamme entwickelt.

Polnischer Rechtsbruch

Verstärkte Militärwache auf der Westerplatte

Danzig, 8. März.

Die polnische Regierung hat eine große Verstärkung der Wachmannschaften auf der Westerplatte, unter dem fadenscheinigen Vorwand, die Sicherheit des polnischen Munitionsdepots sei bedroht, vorgenommen. Das polnische Vorgehen stellt einen glatten Rechtsbruch dar. Nach den Abmachungen darf Polen auf der Westerplatte lediglich 2 Offiziere, 20 Unteroffiziere und 60 Mann unterhalten. Polen hat das Recht, ein Ersuchen um Verstärkung dieses Bestandes beim Völkerbundskommissar zu unterbreiten, der evtl. die Entscheidung des Völkerbundsrates anrufen kann. Ein derartiges Ersuchen Polens ist nicht erfolgt.

Außer der Militärabteilung, die zur Verstärkung der Wachtmannschaft mit dem Transportschiff „Wilia" auf der Westerplatte eingetroffen ist, sollen noch hundert Mann Zivilpolizei angekommen sein, die zur Verfügung des Hafenausschusses gehalten werden sollen. Die polnische Regierung hat damit ihre nach der vor kurzem von Danzig erfolgten Kündigung des Hafenpolizeiabkommens bekanntgegebene Absicht, eigene Polizeitruppen nach Danzig zu entsenden, in die Tat umgesetzt.

Mit den „umstürzlerischen Elementen", die nach der amtlichen polnischen Meldung einen Anschlag auf die Westerplatte geplant haben sollen, sind angeblich Mitglieder der kommunistischen Partei gemeint.

Protestnote Danzigs

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig hat an den Kommissar des Völkerbundes eine Note gerichtet, in der es u. a. heißt:

„Angesichts der Tatsache, daß die polnische Regierung ohne Genehmigung des Völkerbundskommissars die Besatzung der Westerplatte über die festgesetzte Zahl verstärkt hat, bitten wir:

1. gemäß Artikel 39 des Völkerbundsvertrages zu entscheiden: Die polnische Regierung ist verpflichtet, den auf den Verträgen beruhenden legalen Zustand unverzüglich wiederherzustellen und die Besatzung der Westerplatte auf die vorgesehene Stärke zurückzuführen;

2. sofort Maßnahmen zu treffen, daß diese Handlung der polnischen Regierung als eine action directe festgestellt wird.

Die jetzt ohne Zustimmung des Kommissars erfolgte Verstärkung der Wachmannschaft widerspricht dem Vertrage vom 22. Juni 1921, in welchem Danzig und Polen dahin übereinkamen, Polen das Recht anzuerkennen, im Munitionslager eine bestimmte Zahl Wach- und Aufsichtsbeamter zu unterhalten. Der Kommissar des Völkerbundes hat nach diesem Abkommen das Recht, über die Stärke der Mannschaften, die er im Einvernehmen mit der polnischen Regierung festsetzt, auf dem laufenden gehalten zu werden.

Die dem Vertrage und den sonstigen Bestimmungen widersprechende erhebliche Verstärkung der Wachmannschaften auf der Westerplatte ohne Genehmigung des Hohen Kommissars stellt eine Handlung dar, die die öffentliche Sicherheit Danzigs und die guten Beziehungen zwischen Danzig und Polen ernstlich gefährdet, da das Vorgehen der polnischen Regierung als schwerste Provokation von der Bevölkerung aufgefaßt werden muß, die die Gefahr von Zwischenfällen mit sich bringt."

Eingreifen des Völkerbundskommissars

In einem Schreiben hat der Völkerbundskommissar den polnischen diplomatischen Vertreter ersucht, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die fraglichen Truppenbestände unverzüglich von der Westerplatte zurückzuziehen, da eine Vergrößerung der Wache ohne die vorherige Genehmigung des Völkerbundskommissars den Verträgen widerspreche.

Einwohnerwehr teilweise aufgerufen

Von der Polizeipressestelle wird folgendes mitgeteilt:

Aus Anlaß des polnischen Gewaltstreiches auf der Westerplatte ist im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit ein Teil der Einwohnerwehr aufgerufen worden. Die Einwohnerwehr, die den Charakter als Hilfspolizei hat, versieht mit den Beamten der Schutzpolizei den Straßendienst.

Der Senat richtete an die Danziger Bevölkerung einen Aufruf, in dem festgestellt wird, daß sowohl der Senat wie der Hohe Kommissar alle Schritte unternommen haben, um dem schweren Rechtsbruch von seiten Polens entgegenzutreten. Die Regierung erwarte von der Bevölkerung, daß sie in dieser ernsten Lage Ruhe und Ordnung bewahre und Ausschreitungen vermeidet, die lediglich geeignet wären, der gerechten Sache Abbruch zu tun.

Die Auffassung in Berlin

Es handelt sich bei der ganzen Angelegenheit nicht so sehr darum, ob eine mehr oder weniger große zahlenmäßige Verstärkung der polnischen Besatzung auf der Westerplatte erfolgt, vielmehr überhaupt um die Tatsache, daß Polen mit diesen Maßnahmen lediglich das Ziel verfolgt, Danzig Gewalt anzutun. Polen wäre durchaus in der Lage, das Munitionslager auf der Westerplatte, das völlig überflüssig ist, aufzuheben; es kann ja seine Munitionsvorräte in Gdingen lagern. Wenn es dennoch die Westerplatte auch weiterhin beansprucht und sogar unter Vertragsbruch besondere Maßnahmen ergreift, so ist das symptomatisch für das eigenmächtige Vorgehen Polens gegen Danzig, dem auf das schärfste entgegengetreten werden muß.

Es wird Sache des Völkerbundskommissars und der Danziger Regierung sein, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Deutschland wird selbstverständlich im Rahmen der Aktion vor dem Völkerbundsrat auf das entschiedenste den Danziger Standpunkt unterstützen.

Unsere Geduld ist erschöpft!

Jetzt Ministerpräsidentenkonferenz über die Abrüstung.

Berlin, 8. März.

Die Gefahr, daß die Abrüstungskonferenz völlig im Sande verläuft, hat den englischen Ministerpräsidenten MacDonald veranlaßt, sich persönlich dafür einzusetzen, daß die Angelegenheit von neuem in Fluß komme. Die internationale Presse beschäftigt sich eingehend mit der englischen Anregung zu einer Zusammenkunft der Ministerpräsidenten oder der Außenminister in Genf und stellt ein Rätselraten darüber an, wer von den deutschen Ministern zu diesem Zwecke nach Genf fahren soll. Eine offizielle Einladung zu dieser Konferenz ist übrigens überhaupt nicht ergangen, sondern es handelt sich lediglich um eine auf diplomatischem Wege erfolgte Anregung.

Eine Reise des Reichskanzlers Hitler nach Genf kommt wohl bei der gegenwärtigen innerpolitischen Lage in Deutschland überhaupt nicht in Frage. Aber ganz abgesehen davon, ist das deutsche Interesse an dem Zustandekommen einer solchen Konferenz sehr gering. Sind wir doch auf dem Gebiete der Abrüstung die Gläubiger. Deutschland ist abgerüstet und besitzt das immer noch unerfüllte Versprechen seiner ehemaligen Kriegsgegner, daß sie gleichfalls abrüsten wollen.

Als die Reichsregierung sich entschloß, wieder nach Genf zu gehen, tat sie das in der Erwartung, daß die Abrüstungsfrage nun mit neuer Kraft in Angriff genommen werden würde. Die Unzufriedenheit der gesamten deutschen Oeffentlichkeit über den bisherigen Verlauf der Genfer Verhandlung ist also mehr als berechtigt. Unzufrieden sind jetzt aber auch die Engländer geworden. Nur sind ihre neuen Vorschläge kaum geeignet, den in den Sumpf geratenen Karren wieder flottzumachen. Die Reichsregierung dürfte um so weniger Anlaß haben, sich zu neuen Beratungen nach Genf zu drängen, da es noch durchaus zweifelhaft ist, ob die Minister anderer Länder eine solche Reise antreten; bisher liegen weder aus Frankreich noch aus Italien authentische Nachrichten darüber vor, ob Daladier und Mussolini an der neuen Konferenz teilnehmen wollen. Mussolinis Teilnahme ist überhaupt unwahrscheinlich, und wenn Daladier nach Genf kommen wollte, so würde das nur darauf hinauslaufen, daß sich England und Frankreich darüber verständigen, wie man die Abrüstungskonferenz neu beleben könne. Die Engländer dürfen sich aber auch dann keinen Illusionen darüber hingeben, wie man in Deutschland darüber denken würde, wenn sie sich auf ein faules Kompromiß mit den Franzosen einlassen.

Was die praktischen Abrüstungsvorschläge selbst angeht, so würde die jetzt in die Debatte geworfene Idee eines fünfjährigen Rüstungsfeierjahres wieder nur bedeuten, daß Deutschland auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Abrüstungsschuldner weitere Jahre warten soll, nachdem man es schon ein reichliches Jahrzehnt hat warten lassen. Für die Reichsregierung dürfte also ein solcher Vorschlag von vornherein nicht annehmbar sein. Klingt doch auch der kürzlich veröffentlichte Artikel des Reichsaußenministers von Neurath in dem Satze aus: „Unsere Geduld ist erschöpft!"

Landesbibliothek Oldenburg

Das Endergebnis

Reichstag

Nationalsozialisten	288	(196)
Sozialdemokraten	120	(121)
Kommunisten	81	(100)
Zentrum	73	(70)
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	52	(51)
Bayerische Volkspartei	19	(20)
Deutsche Staatspartei	5	(2)
Deutsche Volkspartei	2	(11)
Christlich-Sozialer Volksdienst	4	(5)
Deutsche Bauernpartei	2	(—)
Weingärtnerbund	1	(2)

Kein Mandat erhielten die Hannoveraner (bisher 1) und die Wirtschaftspartei (1). Der neue Reichstag zählt 647 Abgeordnete (584).

Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark. 88,5 v. H. der Wahlberechtigten gingen zur Urne. Das ist eine Beteiligung, die bisher noch niemals erreicht worden ist. Selbst die Rekordbeteiligung beim ersten Wahlgang für den Reichspräsidenten am 13. März 1932 betrug nur 86,2 Prozent. Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wurden 84 Prozent erreicht. Beim zweiten Wahlgang für den Reichspräsidenten am 10. April 1932 betrug die Beteiligung 83,5 Prozent.

Bei der Neuwahl des Reichstags haben die Nationalsozialisten erstmals in sieben von 35 Reichswahlkreisen die absolute Mehrheit errungen. So entfielen von je 100 gültigen Stimmen auf die nationalsozialistischen Kandidaten in Ostpreußen und Pommern je 56,5 in Osthannover 54,4, in Liegnitz 54, in Frankfurt a. O. 55, in Schleswig-Holstein 53,3, in Breslau 50,1. In einem achten Wahlkreis, in Chemnitz-Zwickau, erhielten die Nationalsozialisten von 100 gültigen Stimmen genau 50.

Noch größer ist der nationalsozialistische Erfolg bei den Landtagswahlen in Preußen. In Preußen haben die Nationalsozialisten in sechs von insgesamt 22 Wahlkreisen die absolute Mehrheit errungen. So erhielten sie in Ostpreußen 55,7 Prozent, in Pommern 55,8 Prozent, in Frankfurt a. O. 54 Prozent, in Osthannover 53,5 Prozent, in Liegnitz 53 Prozent, in Schleswig-Holstein 52,7 Prozent.

Schwarz-Weiß-Rot

für Reich und Preußen gefordert

Berlin, 8. März.

Dr. von Winterfeld, der stellvertretende Vorsitzende der DNVP. hat an den Reichskanzler Adolf Hitler folgendes Schreiben gerichtet:

„Als 1919 die Frage der deutschen Nationalfarben zum Gegenstand eines parlamentarischen Schachergeschäfts gemacht und den Meuterern des Novembersturzes die ruhmreiche schwarz-weiß-rote Flagge geopfert wurde, empfand das nationale Deutschland den schimpflichen Vorgang des Flaggenwechsels als symbolische Feststellung der Marxistenherrschaft in der Geschichte des deutschen Volkes. Die Deutschnationale Volkspartei hat sich damals vor 14 Jahren in der Nationalversammlung mit aller Schärfe gegen den Flaggenwechsel gewandt und späterhin im Reichstage und vor allem auch im Preußischen Landtag die weiteren von der schwarz-roten Koalition zur Verfemung des alten Reichssymbols unternommenen Maßnahmen nachdrücklich bekämpft. Wir fühlen uns in diesem Kampfe eins mit der NSDAP. und der gesamten vaterländischen Bewegung.

Nachdem nunmehr die Mehrheit des deutschen und preußischen Volkes sich klar und eindeutig hinter die Regierung der nationalen Einigung gestellt und damit die Entscheidung des Herrn Reichspräsidenten vom 30. Januar bekräftigt hat, ist es der Wunsch weitester Volkskreise, daß diesem gewaltigen Umschwung der politischen Verhältnisse auch in den äußeren Symbolen der Reichsgewalt Rechnung getragen wird. Im Sinne dieser Auffassung richte ich an Sie, sehr verehrter Herr Reichskanzler, die Bitte, für den Dienstbereich des Reiches Anordnungen zu treffen, die — unbeschadet der noch zu treffenden formalrechtlichen Aenderungen bisheriger Bestimmungen der Reichsverfassung — schon jetzt in der Regelung der Flaggenfrage einen Zustand schaffen, der den Auffassungen der national gesinnten Bevölkerung entspricht und der Ehrfurcht vor den geschichtlichen Werten unseres Volkes, den Farben schwarz-weiß-rot Rechnung trägt.

Erklärung des Kyffhäuserbundes

Der Kyffhäuserbund erläßt folgende Erklärung: Mit Freude und Genugtuung begrüßt es der Kyffhäuserbund im Namen seiner drei Millionen ehemaliger Soldaten, daß die Reichsregierung die Wiedereinführung der Reichsflagge schwarz-weiß-rot plant. Der Kyffhäuserbund, dem diese Farben stets ein Symbol der Reichseinheit, deutscher Tüchtigkeit und deutscher Taten, deutschen Heldentums und deutschen Opfermutes waren, hat auch in bittersten Zeiten unentwegt an diesen Farben festgehalten und sie als Ehrenzeichen seines großen Soldatenbundes treu geführt in dem festen Glauben, daß mit ihnen der Wiederaufstieg unseres Vaterlandes erfolgen wird.

Im Namen der zwei Millionen Kameraden, deren heldischen Opfermutes das ganze deutsche Volk am kommenden Sonntag gedenkt und im Namen der ungezählten Millionen, die unter der Fahne Schwarz-Weiß-Rot im Frieden und Krieg den Ehrenrock des deutschen Volkes trugen, erwartet der Kyffhäuserbund, daß die Reichsregierung die alten heiligen Farben schwarz-weiß-rot so schnell wie möglich herauslöst aus dem Parteikampf und sie wieder einsetzt als Fahne des nationalen wehrwilligen gesamten deutschen Volkes. Mit Schwarz-Weiß-Rot zum neuen Aufstieg und zur Freiheit!

Kasseler Gewerkschaftshaus besetzt

SA. verbrennt Scheidemanns Bild und rote Fahnen.

Kassel, 8. März.

Eine Abteilung von SA.-Leuten zog mit klingendem Spiel nach dem in der Spohrstraße gelegenen Gewerkschaftshaus. Die Führer gingen, ohne Widerstand zu finden, in das Haus hinein und warfen die vorgefundenen Flugblätter und Papiere auf die Straße, wo sie verbrannt wurden. Dr. Freisler hielt vom Balkon des Gewerkschaftshauses an die Menge eine Ansprache. Auf dem Gewerkschaftshaus wurde die Hakenkreuzfahne gehißt, worauf die Menge das Horst-Wessel-Lied sang. Der Leiter der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, Stock, erklärte dann in einer Ansprache, daß in der kommenden Woche der Einzug der NSBO. in das Gewerkschaftshaus stattfinden werde.

Darauf zog die Abteilung zum Martinsplatz, wo ein Holzstoß errichtet wurde, auf dem die im Gewerkschaftshaus vorgefundenen roten Fahnen und ein Bild Scheidemanns verbrannt wurden.

Wieder Einwohnerwehren

Berlin, 8. März.

Nach einer Meldung des „Berliner Lokal-Anzeigers" sind jetzt im Landkreis Breslau die ersten Einwohnerwehren gebildet worden.

Die Gründung dieser Selbstschutzorganisationen entspricht einer Anregung, die Reichsminister Göring gegeben hat. Die Einwohnerwehren haben die Aufgabe, die Ueberwachung des Dorfes freiwillig zu übernehmen und das Eigentum der Dorfbewohner zu schützen. Die Tätigkeit der Einwohnerwehren erfolgt ebenso wie ihre Organisation und Leitung ehrenamtlich.

Not-Etat für das Reich

Berlin, 8. März.

Am 31. März läuft das Rechnungsjahr 1932 ab und damit auch die Gültigkeit des Etats für 1932, der bekanntlich im Wege der Notverordnung verkündet worden war. Eine Fertigstellung des Reichsetats für 1933 ist bis zum 1. April keinesfalls zu erwarten. Die bisher geleisteten Vorarbeiten haben insofern erheblich an Bedeutung verloren, als infolge des Regierungswechsels die Grundlagen des Reichsetats eine ziemliche Veränderung erfahren werden.

Wie verlautet, ist damit zu rechnen, daß sich das Reich wie im Vorjahre zunächst mit einem Nothaushalt für die drei Monate April, Mai und Juni behelfen wird, in denen dann die Ausgaben weiter auf Grund des vorjährigen Etats geleistet werden. Die dadurch gewonnene Zeit wird dann dazu benutzt werden, den neuen Reichshaushaltsplan endgültig aufzustellen.

Im vorigen Jahr wurde der Not-Etat gleichfalls durch Notverordnung festgestellt. Ob man diesmal den gleichen Weg einschlagen oder den Not-Etat durch den Reichstag verabschieden lassen wird, ist noch nicht bestimmt. Ebenso natürlich noch in keiner Weise entschieden, in welcher Weise der Gesamtetat für 1933 erledigt werden wird und ob ebenfalls in den Rahmen des Ermächtigungsgesetzes fallen soll, das die Reichsregierung vom Reichstag wünscht.

Besprechungen bei Hindenburg

Berlin, 8. März.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing Reichskanzler Hitler, Vizekanzler v. Papen, Reichsminister des Innern Dr. Frick, Reichswehrminister Freiherr von Blomberg und Reichsminister und Reichstagspräsident Göring zu einer gemeinsamen Besprechung der politischen Lage.

Zu der Besprechung wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß diese Besprechung der Form der Eröffnungssitzung des Reichstages gegolten hat. Im Anschluß daran erfahren wir noch, daß eine endgültige Entscheidung darüber, ob die Eröffnungssitzung in der Potsdamer Garnisonkirche stattfinden wird, noch nicht getroffen ist.

Ein langes Vertrauensvotum

Erklärungen Dr. Goebbels.

Berlin, 7. März.

Die Nationalsozialisten veranstalteten zur Feier ihres Wahlsieges ein Massentreffen im Berliner Sportpalast. Dr. Goebbels erklärte in seiner Rede u. a.: Der Marxismus sei heute keine politische Angelegenheit mehr, sondern nur noch eine Angelegenheit, für die sich die Polizeiämter und die Staatsanwälte interessieren.

Der Reichstag werde zu einer kurzen Tagung zusammentreten und der Regierung ein auf sehr lange Zeit bemessenes Vertrauensvotum geben. Es werde einst der Augenblick kommen, wo die nationalsozialistische Bewegung und das deutsche Volk ein und dasselbe geworden seien.

Aufruf an die SA und SS

Berlin, 8. März.

Der Chef des Stabes der SA., Röhm, hat folgenden Aufruf erlassen: „Kameraden der SA. und SS.! Das deutsche Volk hat entschieden. In einer gewaltigen Vertrauenskundgebung hat es unserem Führer die Vollmacht zum Neuaufbau Deutschlands erteilt. Ihr, meine SA. und SS.-Kameraden, habt durch Eure treue Pflichterfüllung hervorragenden Anteil an diesem großen Siege unserer Idee. Noch mehr als bisher werdet Ihr, Kämpfer des braunen Heeres, die starke Stütze des Führers in seiner gigantischen Aufgabe und die Garanten der Macht unserer Bewegung sein. Im alten frischen Geiste zum Marsch ins neue Reich! Deutschland, nichts als Deutschland!"

Der Mord an den Polizeioffizieren

Sorgfältige Vorbereitung durch KPD. erwiesen

Berlin, 8. März.

Wie der „Angriff" berichtet, hat man an Hand des im Karl-Liebknecht-Hause gefundenen kommunistischen Materials sensationelle Entdeckungen über die am Tage des Stahlhelm-Volksentscheides 1931 erfolgte Ermordung der Polizeihauptleute Anlauf und Lenk gemacht. Es wurde ein stark vergrößertes Bild aufgefunden, in dem der Kopf des Polizeihauptmannes Anlauf mit Rotstift angezeichnet war.

Gleichzeitig fand man Material, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß diese Ermordung der Polizeioffiziere sorgfältig von kommunistischer Seite vorbereitet und organisiert worden war.

Man wundert sich über Ulrike

ROMAN VON WALTER MECKAUER

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[58

„Nicht gerade schlechten, aber doch ohne Ehrgeiz", redete sich Melitta heraus. „Sie ließ sich nicht suchen ... sie ist zu weich."

Sie sagte das etwas enttäuscht.

Frau von Sassen ging auf dieses Thema nicht mehr ein. „Wann will der junge Mann kommen?" fragte sie.

„Er kommt mit Krafft im Auto um fünf Uhr."

Und während die beiden Damen nun einem wichtigen Besuch entgegensahen und kurz darauf den jungen Herrn von Schramm empfingen, der sein tiefstes Bedauern über seinen peinlichen Irrtum aussprach, schlug auch einem anderen jungen Mädchen, das einmal in diesem Hause heimisch gewesen war, die Schicksalsstunde: Dora Sawade.

Sie saß in einem Wartesaal des Potsdamer Bahnhofs und sah verweint und abgemagert aus. Auch sie mußte nach den Geschehnissen der letzten Wochen Berlin meiden. Man hatte sie heute aus der Untersuchungshaft entlassen. Es hatte sich zu ihrer Entlastung herausgestellt, daß ihre Mitwirkung bei den Hausdiebstählen von einem langgesuchten Verbrecher erpreßt worden war.

Dieser Kasulke hatte unter verschiedenen Namen „gearbeitet". Zwar standen noch Verhandlungen und Termine bevor, wenn der Prozeß gegen den Verbrecher, für dessen Auslieferung aus der Tschechoslowakei schon die ersten Schritte eingeleitet waren, vor Gericht stattfand; aber vorläufig war sie auf freien Fuß gesetzt und wahrscheinlich würde man ihr Vergehen infolge ihrer bisherigen Unbescholtenheit gnädig beurteilen. Die Kriminalität der Großstadt, die nach dem Kriege sich erschreckend gesteigert hat, hatte auch sie hineingerissen.

Frau Emma Sawade, die abgehärmte Frau eines Kriegsinvaliden, war aus Brandenburg nach Berlin gekommen. Sie fand, daß die jungen Mädchen von heute, aus welchen Kreisen sie auch immer stammten, gefährdeter sind als früher. Nun stand Frau Sawade, auf den Zug wartend, vor ihrer Tochter, die ihr so viel Schande gebracht hatte. Sie war sehr verbittert. Frau von Eichenau, die sie hatte besuchen wollen, hatte sie nicht vorgelassen.

„Wenn einer heutzutage eine schöne Stelle bei vornehmen Herrschaften hat und sie sich verscherzt, da hört sich doch wirklich alles auf", murrte sie immer wieder. Und in demselben gepeinigten Tone sagte sie: „Du wirst dich ja erkälten mit deinen dünnen Fähnchen!"

Dora gab keine Antwort darauf. Sie dachte an zu Hause. Wie würde das werden: ihre Mutter, die immer in der Küche stand, konnte sie nicht verstehen und ihr nicht helfen, die jüngeren Schwestern würden sie verspotten, und es graute ihr, wenn sie an die strengen Pflichtbegriffe ihres Vaters dachte. Der duldete keine Unregelmäßigkeiten in der Lebensführung. Das war ein Veteran des alten Heeres, das der Friedensschluß zerschlagen hat. Er konnte sich nicht in die neue Zeit finden. Die Verwahrlosung der Jugend war nach seiner Ansicht nur eine Folge davon.

Arme verführte Dora! Auch sie war durch eine Großstadtliebe aus ihrer Bahn geworfen worden. Vielleicht gehörte sie nicht in diese gespannte Atmosphäre Berlins. Kein Tag verrinnt ohne politischen Meuchelmord. Ohne daß einer, der groß war, zusammenbricht. Ohne Diebstahl und Verleumdung. Keine Zeit für Ehrenhafte und Gefühlvolle ... armes, zerrüttetes Land!

* * *

Einige Tage vergingen. Frau von Sassen war guten Mutes aus Berlin nach Hordesbach heimgekehrt. Sie hatte alles aufs beste erledigt. Nun erwartete man den jungen Berliner Regierungsassessor auf dem Gute.

Und Konrad von Schramm kam. Er überbrachte die herzlichsten Grüße seines Vaters. Aeußerlich war alles geglättet und die Familienehre gerettet. Das war Frau von Sassen durch ihr persönliches, energisches Eingreifen in wenigen Tagen gelungen.

Aber eines blieb noch: das Mißverständnis zwischen Ulrike und Konrad. Das konnte nur von innen her beseitigt werden.

Eines Nachmittags — es mochte die siebente Stunde sein — stieg Ulrike die Freitreppe hinab, als Herr von Schramm aus der Garage kam. Er fragte sie, ob er sie begleiten dürfte, und sie nickte. Erst gingen sie schweigsam nebeneinander her. Es schien, als suchte er das richtige Wort. Ein leichter Spätsommerwind spielte mit dem glänzenden Haar des jungen Schloßfräuleins. Sein brauner Scheitel schimmerte. Beide gingen ohne Hut durch die breiten Alleen und verloren sich immer tiefer in den großen Garten.

Ulrike schwieg noch immer. Auch sie schien etwas zu suchen. Bis endlich hinter dem Heckengang die Linde und die weiße Steinbank auftauchten. Vor ihren Augen wurde alles wieder lebendig: der Gottesdienst in der Dorfkirche, die kniende Gemeinde, dann die beiden Wagen: den ersten kutschierte ihr Vater, der nun schon lange in dem Schoß der dunklen Erde ruhte, in dem zweiten, einer großen, altmodischen Kalesche, hatten die Mutter, die Tante, die Gesellschafterin und sie, die kleine zwölfjährige Ulla, Platz genommen ... Es dämmerte. Die letzten Rosen duftete berauschend.

Da ließ sie sich auf der Bank nieder und legte ihre Hände in den Schoß, wie zu einem Gebet. Und sie begann von ehemals zu erzählen, und die Worte flogen ihr aus der Luft, aus den Zweigen, aus den blühenden Blumen zu. Herr von Schramm fühlte sich bedrückt, er stand noch immer. Aber er wagte nicht, sie zu unterbrechen oder sich neben sie zu setzen. Ein Schuldgefühl lastete auf ihm und hielt ihn zurück. Er blieb in respektvoller Entfernung, und wie unter einem Zauber wich all das Weltmännische und Mondäne, das ihm anhaftete. Er wurde schüchtern vor diesem Mädchen, das seinem Gefühl und seiner Erinnerung nachhing. Ihr hatte er dies zugetraut! Er stammelte eine sinnlose Entschuldigung. Alles löste sich in den weichen Linien der Dämmerung auf, die leise kam.

(Schluß folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

Die Kabinettsberatungen

Das Ermächtigungsgesetz. — Kein Ausnahmezustand zu erwarten

Berlin, 8. März.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird darauf hingewiesen, daß der Reichstag nicht am 3. April zusammentritt und dann bis zum 8. tagt, sondern daß die Eröffnungssitzung an einem Tage zwischen den beiden angegebenen Daten stattfindet. Der genaue Termin steht noch nicht fest; er hängt von technischen Gründen ab.

Weiter erfahren wir ergänzend zu dem Plane eines Ermächtigungsgesetzes, daß die Reichsregierung hofft, durch Unterstützung auch des Zentrums und der bayerischen Volkspartei die Zweidrittelmehrheit zu erreichen, die bei einem verfassungsändernden Charakter der Ermächtigung notwendig ist.

Ueber die angekündigte Zentralstelle für die Reichspropaganda ist im Kabinett nur allgemein und grundsätzlich gesprochen worden; die personellen und sachlichen Einzelheiten wurden noch nicht behandelt. Es steht deshalb jedoch doch noch nicht fest, ob besonderes Ministerium hierfür geschaffen wird oder ob es sich um ein Reichskommissariat oder etwas Aehnliches handelt. Zunächst wird der Reichskanzler mit den zuständigen Ressorts über die Einzelheiten Fühlung nehmen.

Ein Aufruf der Reichsregierung, mit dem man in den letzten Tagen rechnete, und der die erste Kundgebung des Reichskabinett nach der Wahl darstellen sollte, kommt nicht mehr in Frage.

Ebenso werden von unterrichteter Seite ausdrücklich die Berichte dementiert, die von der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes wissen wollen. Ein Vertreter Abendblatt hatte sie als möglich bezeichnet. Bei allen Besprechungen der maßgebenden Stellen ist davon aber mit keinem Wort die Rede gewesen, also auch nicht in der Konferenz, die gestern vormittag beim Reichspräsidenten stattgefunden hat.

Bemerkenswerterweise hatte die bisherige Hamburger Regierung um die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes für das Gebiet von Hamburg gebeten. Dieser Wunsch ist aber abgelehnt worden, da die zuständigen Reichsstellen die Notwendigkeit nicht anerkennen können. Die außenpolitischen Fragen scheinen gestern im Kabinett noch nicht besprochen zu sein. Die nächste Kabinettssitzung wird erst am Sonnabend stattfinden, sie wird sich in erster Linie mit landwirtschaftlichen Fragen beschäftigen.

Die Krise in USA

Wiederaufnahme des Kundenverkehrs bei den Banken

Newyork, 8. März.

Das wichtigste Ereignis des gestrigen Tages ist die Wiederaufnahme des Kundenverkehrs bei zahlreichen Banken in Newyork und in einer Reihe anderer Bundesstaaten. Die Banken müssen allerdings alle Vorsichtsmaßregeln treffen, um das Hamstern von Bargeld und unnötige Abhebungen zu zu verhindern. Eine Reihe von Goldhamsterern haben übrigens ihr Gold wieder zurückgebracht und unter den neuen Einlagebedingungen deponiert.

In Kongreßkreisen erklärt man, daß die Gefahr einer Abwertung des Dollars absolut nicht besteht und daß eine Aenderung der Gesetze in dieser Richtung auch nicht beabsichtigt ist. Das gesamte Volk stehe hinter dem Präsidenten, der mit eiserner Energie entschlossen sei, ohne Rücksicht auf die privaten Wünsche gewisser Finanzkreise die Reformen durchzuführen. Man erwartet im übrigen, daß das Schatzamt in aller kürzester Frist neue Vorschriften erlassen wird, nach denen die Banken ein Drittel ihrer Depositen abheben können.

Schüsse auf einen Leichenzug

Düsseldorf, 8. März.

Gestern nachmittag fand die feierliche Beerdigung des in der vergangenen Woche bei einem kommunistischen Ueberfall durch einen Schuß getöteten SA-Scharführers Julius Hoffmann unter überaus großer Beteiligung der SA, der SS, des Stahlhelm und der übrigen nationalen Organisationen statt.

Als der gewaltige Zug die Kavalleriestraße passierte, wurde er von Kommunisten aus Dachfenstern und Kellerluken beschossen. Laut Mitteilung der Polizei wurde eine Person getötet. Sechs Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. 50 Personen sind festgenommen worden.

Wie weit geht der neue Zwangsvollstreckungsschutz?

Die Pressestelle der Oldenburgischen Landwirtschaftskammer bittet uns um Aufnahme nachstehender Ausführungen:

Die Neuregelung des landwirtschaftlichen Zwangsvollstreckungsrechtes, wie sie durch die Verordnung vom 14. 2. 1933 festgesetzt ist, hat gewisse wesentliche Aenderungen gegenüber dem bisherigen Zustand gebracht. Seit der 4. Notverordnung vom 8. 12. 1931, die erstmalig einen allgemein gültigen Vollstreckungsschutz brachte, und bis zu der neuen Verordnung insgesamt 5 verschiedene, diese Materie behandelnde Gesetze erlassen worden. Es ist daher für den Landwirt nicht immer leicht, sich Klarheit darüber zu verschaffen, welche Forderungen gegenwärtig geschützt sind und welche Forderungen von Gläubigerseite eingetreten werden können.

Gegenüber der bisherigen Regelung ist — gesetzestechnisch gesehen — eine völlige Aenderung der Schutzanwendung vorgenommen worden. Bisher bedurfte es eines Antrages des Schuldners, um die Anwendung des Vollstreckungsschutzes zu erwirken. Nach der Neuregelung durch die Verordnung vom 14. 2. 1933 ist die Initiative in die Hand des Gläubigers gelegt worden. Es darf nunmehr grundsätzlich überhaupt nicht mehr zwangsvollstreckt werden. Nur bei Vorliegen bestimmter Ausnahmetatbestände kann der Gläubiger beantragen, daß zur Befriedigung seiner Forderungen in das Grundstück oder in das bewegliche Vermögen des Schuldners vollstrecken kann.

Die schwierige Aufgabe des Gesetzgebers lag darin, einen möglichst gerechten Ausgleich zwischen den Interessen des Gläubigers und des Schuldners zu schaffen. Da anzunehmen ist, daß die bereits begonnenen und in nächster Zeit fortzuführenden Maßnahmen für die Landwirtschaft eine Besserung der Gesamtlage der Landwirtschaft herbeiführen werden, wollte man verhindern, daß Betriebe zur Zwangsversteigerung kommen, die bei Vorliegen günstiger Verhältnisse ihren Schuldendienst leisten könnten. Andererseits mußte verhindert werden, daß ein allzuweitgehender Vollstreckungsschutz zu einem Moratorium für die Gläubiger der Landwirtschaft führt. Es ist zunächst eine Trennung vorgenommen worden, zwischen eingefrorenen Krediten einerseits und dem Schuldendienst für die 1. Hypothek und den laufenden Betriebskrediten andererseits.

1. Der Gläubiger kann die Zwangsversteigerung beantragen, wenn der Schuldner mit den Zins- und Amortisationszahlungen für die 1. Hypothek im Rückstande ist und seit Inkrafttreten der neuen Verordnung wiederum mit einem weiteren Betrage im Rückstande bleibt.

2. Der Gläubiger kann weiterhin die Zwangsversteigerung beantragen, wenn fällige Kredite nicht zurückgezahlt worden sind, die zur Deckung der Betriebsausgaben für die Zeit nach dem 30. Juni 1931 gewährt sind oder wenn Forderungen aus einer für den Betrieb nach dem 30. 6. 1931 bewirkten Lieferung oder sonstigen Leistung im Rückstande sind.

3. Schließlich kann der Gläubiger die Zwangsvollstreckung fordern, wenn das Gericht nach Anhörung der unteren Verwaltungsbehörde der Ueberzeugung ist, daß eine ordnungsmäßige Wirtschaftsführung bis zur Einbringung der Ernte durch den Betriebsinhaber nicht zu erwarten ist. Als Richtlinie für die Beurteilung, ob eine nicht ordnungsmäßige Wirtschaftsführung vorliegt, soll die Tatsache gelten, daß der Schuldner nicht einmal den 4. Teil des Schuldendienstes für die 1. Hypothek im letzten Jahre gezahlt hat.

4. Die Zwangsvollstreckung in einen Betrieb, der wegen Entschuldungsunfähigkeit aus dem Sicherungsverfahren ausgeschieden ist, kann dann erfolgen, wenn die Entschuldungsstelle — Landstelle oder untere Verwaltungsbehörde — nach erneuter Prüfung bescheinigt, daß eine Entschuldung des Betriebes aussichtslos ist.

Diese grundsätzlichen Ausnahmen von dem allgemeinen Vollstreckungsschutz würden jedoch in vielen Fällen der augenblicklichen Lage der Landwirtschaft und ihrer Schutzbedürftigkeit nicht gerecht werden. Deshalb sind Tatbestände vorgesehen, die das Vollstreckungsrecht der Gläubiger einschränken. Der Schuldner hat ein Einspruchsrecht:

1. wenn seine Zahlungsunfähigkeit als Folge außergewöhnlicher Verluste durch Unwetter, Viehseuchen oder ähnliche Ereignisse entstanden ist.

2. wenn die Unrentabilität des Betriebes ihren Grund oder wenigstens ihren hauptsächlichen Grund in einem durch den allgemeinen Preisstand bedingten wesentlichen Rückgang des Erlöses aus dem in dem Betrieb gewonnenen Erzeugnissen hat.

3. wenn sein Betrieb verpachtet ist und der Pächter infolge von Unwetterschäden usw. oder der Preiskonjunkturverhältnisse seine Pachtzinsverpflichtungen nicht erfüllen konnte und der Grundstückseigentümer infolge dieses Ausfalls an Pachtzins seinen eigenen Verpflichtungen nicht nachkommen kann.

Neben dem Schutz vor Zwangseingriffen in das Grundstück ist auch ein erweiterter Mobiliarvollstreckungsschutz verordnet worden. Dieser Vollstreckungsschutz ist auf das gesamte, zum Betriebe gehörige bewegliche Vermögen, einschließlich des Hausrates (mit Ausnahmen von Luxusgegenständen) ausgedehnt worden. Die Forderungen der Gläubiger lassen sich nunmehr in drei Gruppen einteilen.

1. Forderungen, deren Zwangsbeitreibungen unter allen Umständen möglich ist, sind gesetzliche Unterhaltsansprüche, Lohn- und Gehaltsforderungen, laufende Versicherungsprämien und Forderungen, für die ein Fruchtepfandrecht vorgesehen ist.

2. Forderungen, die nur bedingt vollstreckt werden, sind Steuern, öffentliche Abgaben und Sozialbeiträge, wiederkehrende Leistungen aus der 1. Hypothek und Ansprüche aus Betriebsmittelkrediten und aus Lieferungen und Leistungen aus den Erntejahren 1932 und 1933. Die Vollstreckung kann jedoch verhindert werden, wenn dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung Mittel entzogen würden, die er zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft bis zur Ernte 1933 nicht entbehren kann und der Schuldner eine Gewähr dafür bietet, daß er diese Mittel zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft verwenden wird.

3. Einen unbedingten Zwangsvollstreckungsschutz genießen alle diejenigen beweglichen Gegenstände, die als Zubehör des Grundstückes nach allgemein geltenden Rechtssätzen nicht zwangsveräußert werden können. Es sind dies die für den Betrieb notwendigen Geräte, der unbedingt notwendige Viehbesatz usw.

Durch die Verordnung hat die Landwirtschaft einen umfassenden Schutz vor Eingriffen ihrer Gläubiger erhalten. Es liegt in der Hand der Landwirte selbst, zu verhindern, daß diese Maßnahmen nicht zu einer Diskreditierung des Agrarkredits führen. Wenn man aus Zweckmäßigkeitserhebungen heraus eine generelle Regelung des Vollstreckungschutzes der individuellen Handhabung vorgezogen hat, so lag hierin nicht die Absicht, auch diejenigen Schuldner zur Nichterfüllung ihrer Verbindlichkeiten anzureizen, die dazu heute noch in der Lage sind. Die Landwirtschaft muß sich darüber klar sein, daß ihren Gläubigern teilweise schwere Opfer auferlegt worden sind. Der Gläubiger wird hierfür Verständnis haben, wenn die Leistungsunfähigkeit des Schuldners eine Folge der allgemeinen Agrarkrise ist, vor deren Auswirkungen er seinen Betrieb nicht schützen konnte. Es muß aber zu einer berechtigten Erbitterung in Gläubigerkreisen führen, wenn sich auch Schuldner auf den Vollstreckungsschutz berufen, die hierzu wirtschaftlich nicht berechtigt sind. Es ist selbstverständlich, daß alle Leistungs- und Lieferungsverpflichtungen des Landwirts, sofern sie nicht ausdrücklich in der Verordnung erwähnt sind, von dem Vollstreckungsschutz unberührt bleiben. Dr. N.

Handwerksehre

Durch alle Reden und Schriften der heutigen Zeit klingt sie hindurch, die große wirtschaftliche Not Deutschlands. Sie lähmt mit ihrem Druck alle Unternehmungen, so daß manche Wirtschaftskreise allen Mut verlieren und tatenlos ihrem Untergange zusehen und nur auf staatliche oder andere Hilfe von außen hoffen.

Dazu kommt dann oft noch starke Mißstimmung gegen andere Berufsstände, denen es vermeintlich noch besser geht, und das Ende vom Lied ist, daß zu der wirtschaftlichen Not noch weitere Not durch Hetze und Uneinigkeit kommt.

Andere Wirtschaftskreise aber fassen die Zeit anders an. Sie leiden auch ebenso schwer, doch sie kämpfen mit zäher Entschlossenheit um ihre Lebensbedingung, das sind unsere Handwerker. Daß hier zunächst nur unsere Elsflether Handwerker gemeint sind, ist klar, und diese Zeilen sind vielleicht ja noch unparteiischer, weil sie nicht von einem Handwerker geschrieben werden.

Es ist wirklich eine Tat, daß hier in den letzten Monaten eine so rührige Junghandwerkergruppe mit einem wundervollen Heim sich bilden konnte.

Das ist nicht feiges Schwanken, das ist frisches Zupacken und Meisternwollen.

Das ist eine Tat, wie es vor einigen Jahren die glänzende Gewerbeschau war, und wie jene, so wird auch diese Tat ihre Früchte tragen.

Wer durch die Handwerksbetriebe unserer Stadt kommt, der ist immer wieder erstaunt über die feinen Erzeugnisse, die er hier in der Kleinstadt gar nicht vermutet hat, mag es sich nun um Schlosser-, Tischler-, Maler-, Maurer- oder andere »Werkstätten handeln.

Wenn nun ein Handwerkerstand herausgegriffen wird, so ist das eigentlich schade, aber ein Lob trifft ja immer dann den ganzen Handwerkerstand, und so ist es auch mit dem Namen. Ob eine Sache nun bei Sagkob, Bruns, Rowold oder einem andern steht, es heißt dann: „Elsfleths Tischler sind auf der Höhe".

Zur Zeit stellt Tischlermeister Rowold in seinem Schaufenster an der Deichstraße eine Kammereinrichtung aus, die ein Musterbeispiel handwerkerlicher Kunst darstellt: Mahagoni, abgeschnürt durch eine Liane.

Auch wer nie daran denken kann, sich so etwas zu kaufen, kann eine reine Freude an der Betrachtung dieser Arbeit haben. Man sollte sie in ein Handwerkermuseum stellen und daran schreiben: „Hergestellt in schwerer Notzeit von einem tapferen Handwerker".

Ein Wunderwerk der Natur ist hier durch die künstlerische Hand des Menschen zu einer einzigartigen Wirkung gebracht worden, was Form und Farbe anbetrifft.

Man sieht, wie hier nicht das Materielle im Vordergrunde stand, sondern wie die Freude am Schaffen die Hand geführt hat. Das ist wahrer Handwerkergeist, der uns auch die Kunstwerke des Mittelalters geschenkt hat.

Wir wollen uns dessen freuen, und wenn wir nicht kaufen können, besehen können wir es, und das Interesse der Menge ist auch eine Freude für den Hersteller. Und mit Stolz wollen wir Fremde, besonders auch Großstädter, hinführen in diese und andere Werkstätten unserer Stadt, und wenn sich dann mal einer findet, der ein solches Stück kauft, das ja tatsächlich einzigartig dasteht, weil es dies Muster nicht wiedergibt, so wollen wir uns mitfreuen über diese Anerkennung heimischer Kunst.

Aus Nah und Fern

Mitteilungen und Berichte über örtliche Vorkommnisse sind der Schriftleitung stets willkommen

Elsfleth, den 9. März 1933

Tages-Zeiger

⊙-Aufgang: 6 Uhr 59 Min. ⊙-Untergang: 6 Uhr 17 Min.

Hochwasser:
12.52 Uhr Vorm. — 1.13 Uhr Nachm.
10. März: — Uhr Vorm. — 1.52 Uhr Nachm.

* Folgenden Mitgliedern des Elsflether Kriegervereins ist das Bundesabzeichen mit der Zahl „25" für treue Mitgliedschaft verliehen worden: Johann Sagkob, Emil Wedelich, Friedrich Cordes, Johann Baumann.

* Der Marine-Verein wird, wie bereits in der Sonnabendausgabe durch Anzeige bekannt gegeben, nach Eintreffen des „Schulschiff Deutschland" im „Tivoli" ein großes buntes Bordfest veranstalten. Der gesamten Einwohnerschaft wird hier Gelegenheit gegeben, einmal einige vergnügte Stunden im Kreise unserer „blauen Jungs" zu verleben. Der geräumige Tivolisaal wird zu einem Linienschiffsdeck umgewandelt und entsprechend ausgeschmückt werden. Den musikalischen Teil wird eine Marinekapelle bestreiten und es ist zu erwarten, daß auch die verwöhntesten Musikfreunde zufrieden gestellt werden. Sehr erwünscht wäre es, wenn möglichst alle Teilnehmer in Uniform, soweit noch vorrätig, erscheinen würden, auch die Damen. Wie viel schöne Stunden haben wir alte Soldaten in unserer schönen Uniform, sei sie blau oder feldgrau gewesen, in unserer Soldatenzeit verlebt, und so soll es auch jetzt wieder für einige Stunden sein. Gerade deshalb ladet der Marine-Verein alle Kameraden und Freunde ein, um mal wieder ein Fest zu feiern in alter Kameradschaft und zur Aufmunterung in dieser schweren Zeit. Marine- oder Armeemütze kann jeder Besucher im Festlokal erhalten. Der Eintrittspreis wird so niedrig sein, daß es niemand schwer fällt, dieses bunte Bordfest des Marine-Vereins zu besuchen. Da das Schulschiff sich schon der deutschen Küste nähert, wird es Zeit, alle Schränke und Schubladen zu untersuchen, wo die liebe Uniform sich verborgen hält. Der Tag der Veranstaltung wird noch bekannt gegeben.

* Das Ministerium der Kirchen und Schulen ordnet aus Anlaß des gewaltigen und entscheidenden Sieges des nationalen Deutschland und des Freiheitsgedankens in Deutschland an, daß alle Schulen des Oldenburger Landes am Sonnabend, dem 11. d. M., schulfrei haben. Am Freitag wird jeder Lehrer in der letzten Stunde auf die Bedeutung des Wahltages, 5. März 1933, für die deutsche Zukunft hinweisen.

Landesbibliothek Oldenburg

* **Kirchenkonzert.** Zu Ehren der Gefallenen findet am Sonntag, dem 12. März, nachmittags 5½ Uhr, dem allgemeinen Volkstrauertage, ein Kirchenkonzert statt. Die Ausführenden sind: Elisabeth Möller-Orlopp aus Oldenburg (Alt), Detmar Hohenböken aus Oldenburg (Violoncello) und Hans Schumacher (Orgel). Die Vortragsordnung ist sehr reichhaltig und bringt nur berühmte, ansprechende klassische Meisterwerke, die hier zum ersten Male zu Gehör kommen. Ueber die Solisten wird folgendes berichtet: Elisabeth Möller-Orlopp hat ihre Ausbildung bei der sehr bekannten und geschätzten Gesangsmeisterin Cilla Tolli in Oldenburg genossen und besitzt eine liebliche, glänzend geschulte Altstimme, die in sämtlichen Registern gleichmäßig anspricht. Es ist stets eine reine Freude, diese Künstlerin zu hören. Elisabeth Möller-Orlopp singt am Sonntag folgende Werke: 1. Recitatio und Arie: „Mund und Herze steht dir offen" aus der Kantate Nr. 148: „Bringet dem Herrn Ehre seines Namens" von J. S. Bach. 2. Arie mit begleitendem Violoncello „Jesus ist ein guter Hirt" aus der Kantate Nr. 85: „Ich bin ein guter Hirt" von J. S. Bach". 3. „Agnus Dei" aus der „Krönungsmesse" von W. A. Mozart. 4. zwei geistliche Lieder von J. W. Franck: a) „Lebenstrost", b) „Gute Nacht!" — Ueber Herrn Hohenböken kann folgendes mitgeteilt werden: Herr Hohenböken war ein Schüler vom Hof-Konzertmeister Kufferath in Oldenburg. Er verfügt über eine gute Technik und einen feinen Bogenstrich und weiß seine Soli stets lebendig zu gestalten. Der Künstler ist uns vom ersten Kammermusik-Konzert her noch in guter Erinnerung, in welchem er den „Andante-Satz" aus dem „D-Dur-Konzert" von J. Haydn auswendig mit größter Bravour spielte. Er wird hier folgendes spielen: 1. „Hymnus" von G. Fr. Händel, 2. „Preghiera" von J. S. Bach, 3. „Air" aus der „D-Dur-Suite" von J. S. Bach, 4. „Andante cantabile" von G. Tartini. Hans Schumacher wird auf der Orgel vortragen: 1. „Trauermarsch" aus dem Oratorium: „Samson" von G. Fr. Händel und Choralvorspiel: „O Welt, ich muß dich lassen" von J. Brahms. Die Gemeinde ist zu dieser Feierstunde herzlichst eingeladen und wird um Unterstützung dieser guten Sachen gebeten, um auch den auswärtigen Künstlern zu zeigen, daß in Elsfleth noch gute Musik gepflegt und gefördert wird.

* Für den Volkstrauertag konnte in früheren Jahren von Preußen die Ablehnung der Genehmigung von Tanzlustbarkeiten in den an Oldenburg angrenzenden Bezirken nicht erreicht werden. Die Oldenburgische Regierung mußte sich darum bislang auf eine Anheimgabe an die zuständigen Verwaltungsbehörden beschränken, am Volkstrauertage Anträgen auf Genehmigung von Tanzlustbarkeiten nicht stattzugeben. Der Preußische Innenminister hat jetzt auf erneute Anregung die Polizeibehörden angewiesen, Genehmigungen für diesen Tag nicht mehr zu erteilen. Für Oldenburg ist daraufhin vom Ministerium ein Verbot der Genehmigung von Tanzlustbarkeiten für den 12. März 1933 und einer Verlängerung für den Tag vorher über 12 Uhr hinaus erfolgt.

* Amtlich wird mitgeteilt: Die Versuche in der letzten Zeit, Kundgebungen der Reichsregierung im Rundfunk zu stören, haben Anlaß zur erhöhten Wachsamkeit gegeben. Insbesondere wird auf das schärfste eingegriffen werden, wenn absichtlich zum Zwecke der Störung des Rundfunks elektrische Anlagen in Betrieb gesetzt oder Störungen durch Rückkopplung hervorgerufen werden. Handlungen dieser Art werden nach dem Gesetz über Fernmeldeanlagen mit Gefängnis bestraft.

* Nachdem der Dampfer „Westfalen", die zukünftige „Schwimmende Insel" der Deutschen Lufthansa im Südatlantischen Ozean, seine Probefahrten und Katapultversuche beendet hat, liegt das Schiff auf der A.-G. „Weser" in Bremen. Es werden dort die letzten Ueberholungen an Schiff und Maschine vorgenommen. Dabei handelt es sich jedoch keineswegs um irgendwelche Verbesserungen, die sich aus den gemachten Versuchen ergeben hätten, sondern lediglich um sogenannte letzte Ueberholungen vor dem Einsetzen des Dampfers in sein künftiges Tätigkeitsgebiet. Etwa Mitte März wird die „Westfalen" die Ausreise antreten, zunächst nach der Nordsee, wo während einiger Tage weitere Probekatapultabschüsse mit dem Dornier-Wal gemacht werden. Diese Versuche beziehen sich aber weniger auf das Technische, als auf das Einüben der Mannschaft sowohl für den Abschuß, als auch für das Einholen des heimkehrenden Flugbootes mittels Schleppsegels. Die wichtigsten Faktoren dieses künftigen Stützpunktes der Luftfahrt auf dem Südatlantik haben bei den Versuchen ihre unbedingte Zuverlässigkeit bewiesen. Sobald das Schiff in dem Gebiete des Südatlantischen Ozeans, auf dem es ständig kreuzen soll, eingetroffen ist, werden auch die ersten Flüge von Westafrika nach Brasilien beginnen. Man hat diesen Zeitpunkt gewählt, weil dann die Witterungsverhältnisse in jener Gegend am günstigsten sind.

* **Oldenburg,** 7. März 1933. Zentralviehmarkt. Zucht-, Nutzvieh- und Pferdemarkt. Auftrieb: insgesamt 133 Tiere.

Amtlicher Marktbericht. A) Zucht- u. Nutzviehmarkt
Auftrieb: 88 Stück Großvieh, darunter 6 Kleinvieh.
Es kosteten:

hochtragende Kühe	1. Qualität	310—340 RM
„ „	2. Qualität	270—300 „
„ „	3. Qualität	200—260 „
tragende Rinder	1. Qualität	250—300 „
„ „	2. Qualität	160—240 „
güste Rinder		110—190 „
Zuchtkälber (bis 14 Tage alt)		10— 20 „

Ausgesuchte Tiere vereinzelt über Notiz.
Marktverlauf: Sehr ruhig, voraussichtlich Ueberstand.

B) Pferdemarkt: Auftrieb: 39 Pferde. Es kosteten:

beste Arbeitspferde	350—650 RM
mittlere Arbeitspferde	200—350 „
Schlachtpferde	30—110 „

Beste Tiere vereinzelt über Notiz.
Marktverlauf: Ruhig.

§ **Oldenburg.** Trotzdem schon mehrfach Durchstiche zur Begradigung der Hunte vorgenommen wurden, blieben immer noch eine große Zahl von Krümmungen dieses Wasserweges zwischen Oldenburg und der Weser, der demnächst als Fortsetzung des in Oldenburg mündenden Küstenkanals eine ganz erhebliche Bedeutung haben wird, bestehen. Erfreulicherweise haben bereits die Arbeiten begonnen zwecks weiterer Durchstiche und zwar von Kilometer 2 bis 2,8 und 3,6 bis 4,2. Es konnten dazu 100 Arbeiter eingestellt werden, die namentlich den Kreisen der Krisenunterstützungsempfänger entnommen wurden. Es wird gerechnet mit einer Gesamtarbeitsleistung von 10 000 Tagewerken, so daß die Beschäftigten Monate hindurch Verdienst haben. Nach Vollendung der Arbeiten wird die bislang noch etwa 20 Kilometer lange Huntestrecke Oldenburg—Elsfleth wieder um viele Kilometer abgekürzt werden.

§ **Oldenburg.** Seinen schweren Verletzungen erlegen ist im Pius-Hospital am Sonntag abend der kommunistische Landtagsabgeordnete Gerdes aus Ofenerdiek. Wie berichtet, wurde er am Freitag morgen gegen 5 Uhr durch Unbekannte geweckt, aus seinem Hause gelockt und dann durch mehrere Schüsse derart zugerichtet, daß er sofort ins Krankenhaus befördert werden mußte. Es stellte sich heraus, daß mehrere innere Organe getroffen waren, und nur eine schnelle Operation vielleicht sein Leben retten konnte. Diese wurde von Dr. med. Crone vorgenommen. Das Befinden des Operierten war zunächst verhältnismäßig gut, so daß Hoffnung auf die Erhaltung des Lebens berechtigt war. Aber später traten Komplikationen hinzu, denen der im besten Alter stehende kräftig gebaute Mann nicht gewachsen war. Er ist nicht so recht mehr zum Bewußtsein gekommen. Noch in letzter Stunde wurden ihm einige Verdächtige gegenüber gestellt, jedoch wußte er bestimmte Angaben nicht mehr zu machen.

§ **Oldenburg.** Hier sind etwa 70 Kommunisten festgenommen worden, je zur Hälfte in der Stadt und in den umliegenden Ortschaften. Unter den Festgenommenen befinden sich u. a. der frühere kommunistische Landtagsabgeordnete Kupferschmied Gerhard Müller, eine Frau Mütze-Specht, die sich dann und wann politisch bemerkbar machte, die beiden kommunistischen Stadtratsmitglieder Stellmann und Zimmermann, das frühere kommunistische Stadtratsmitglied Döpke und ein gewisser Kurt v. Schwieghow, der vordem Nationalsozialist war, und zu den Kommunisten übertrat.

§ **Ueterlande.** Mit der 26. Generalversammlung unserer Spar- und Darlehnskasse wurde die Feier ihres 25jährigen Bestehens verbunden. Leider war im Geschäfte ein weiterer Rücklauf zu verzeichnen, der vor allem seine Ursache in den so sehr niedrigen Viehpreisen hatte. Der Gesamtumsatz belief sich auf reichlich 1 389 000 RM, die Guthaben verminderten sich in laufender Rechnung 22 000 RM, die Einlagenbestände um 24 000 RM. Schuldkonten der Mitglieder gingen von 222 000 auf 195 000 RM zurück.

* **Zwischenahn.** Wie noch erinnerlich sein m brannte im Oktober das am Zwischenahner See lieg Haus des Gutsbesitzers van Hattinga, das von Oberförster a. D. Brockhoff und seiner Familie miet bewohnt wurde, nachts nieder. Oberförster Brockhoff in Verdacht, das Haus in Brand gesetzt zu ha Brockhoff hat deswegen auch mehrere Wochen in Un suchungshaft gesessen. Die umfangreichen Ermittlun der Staatsanwaltschaft haben jedoch zu keinem Erge geführt, so daß die Eheleute Brockhoff (Frau Broc war der Beihilfe beschuldigt) auf Veranlassung i Verteidigers vor kurzem außer Verfolgung gesetzt wo sind. Damit ist die Angelegenheit, die damals so Staub aufwirbelte, erledigt.

* **Varel.** Ein Ortsfremder, der sich als auswär SA-Mann Werner ausgab, gebärdete sich in einer W versammlung derart, daß zu seiner Verhaftung gesch werden mußte. Auf der Wache wurde dann bei jungen Mann noch ein zweiter Ausweis auf den Na Gottfried Stolle gefunden. Nach eingehendem Ve bequemte sich der Verhaftete zu dem Geständnis, da den SA-Ausweis gestohlen hätte, er heiße St Weiter stellte sich heraus, daß es sich um einen w schweren Rückfalldiebstahls steckbrieflich verfolgten Uebel handelt.

* **Vegesack.** Am Sonntag abend gegen 11 ging das Gut „King Ching" in Plattjenwerbe in Flam auf. Es handelt sich um eine größere Villa eines re Chinesen, der sich vor Jahren hier ansiedelte. In le Zeit war der Landsitz jedoch von 4 Familien bew die der NSDAP. angehören. Man vermutet d Brandstiftung von kommunistischer Seite. Kurz Mitternacht stand das Gebäude noch in hellen Flam Die polizeilichen Ermittlungen sind noch im Gange.

* **Hannover.** Einer amtlichen Mitteilung zu haben unbekannte Täter versucht, die Hochspannungsle zum Großkraftwerk Hannover über Wichtringhausen Steinkohlenbergwerk Barsinghausen durch Ueberw eines Drahtes und Abschneiden der Telefonleitung stören. Es handelt sich um eine 60 000 Voltleitung. Versuch, der für die Täter selbst sehr gefährlich werden können, ist glücklicherweise mißlungen. Ermittlungen nach den Tätern sind im Gange. Anbetracht der Häufung von Sabotagefällen verbrecheri Elemente, wird die Bevölkerung gebeten, auf solche ge gefährlichen Sabotageversuche zu achten und zur Aufdec der Täter beizutragen.

Herabgesetzte
Laden-Verkaufspreise für Persil:
Doppel-Paket Persil 65 R.-Pfg.
Normal-Paket Persil 35 R.-Pfg.
Persil bleibt unverändert in Güte und Vollkommenheit!
Niemals lose, nur in der bekannten Originalpackung!
Henkel & Cie. A.-G., Düsseldorf

Amt Elsfleth

Elsfleth, den 4. März 1933

Das Magistratsmitglied (Ratsherr) Rentner Gerhard Borgstede in Elsfleth ist als solches vom Amte verpflichtet worden. Ratsherr Borgstede hatte für den auf seinen Wunsch ausgeschiedenen Ratsherrn E. Bolte einzutreten.

Willms

Sämtliche Milchfuhren
sollen für die Zeit **vom 1. Mai d. J. bis 30. April 1934** mindestfordernd vergeben werden. Bewerbungen sind schriftlich einzureichen und müssen **bis zum 15. d. M., mittags 12 Uhr,** in unsern Händen sein. Die Fuhrbedingungen können hier eingesehen werden.
Molkerei Hammelwarden e. G. m. u. H.

Kirchliche Nachrichten.
Freitag, 10. März, abends 8 Uhr: **Passionsgottesdienst**

Tapeten
neu eingetroffen, von **21** ₰ an
B. Putscher

Verkaufe zu Sonnabend
prima fettes
Schweinefleisch
Pfund **70** bis **80** Pfg.
Nehme Fleischkarten in Zahlung
KRUSE, Steinstr. 37

Zu verkaufen:
Sofa, 6 Stühle (rot Plüsch), Tisch, eich. Schrank, Waschtisch und Küchenschrank
Schäffer, Lienen

Kleine Oberwohnung
zu vermieten
Friedrich-Augustfstr. 15
2. Etage

S. W. E.
Sonnabend
Versammlung

Inserieren bringt Gewin

Der lustige Sing- und Theateraben
des Elsflether Männergesangvereins
des Elsflether Singvereins findet bestimm
Sonnabend, dem 18. März, abends 8
im **„Lindenhof"** statt.
Hauptwerk: „Singvögelchen", Lieder
Die Hauptrolle spielt
Fräul. Senta Kobs vom Landestheater in Olden
Eintritt 75 Pfg.
Nach der Aufführung: **BALL**

Kirchen-Konzert
zu Ehren der Gefallenen unserer Gemeinde
am Sonntag, dem 12. März, nachm. 5½ Uh
Ausführende: Elisabeth Möller-Orlopp (Al
Detmar Hohenböken (Violoncello) Oldenburg
Hans Schumacher (Orgel)
Werke von Bach, Händel, Mozart, Tart
Franck, Brahms
Eintrittskarten zu 50 Pfg. nur in der Kirch
Die Gemeinde ist herzlich zu dieser Fei stunde eingeladen

Landesbibliothek Oldenburg